Niederschrift

über die Sitzung der Stadtvertretung (04/2019) am Donnerstag, dem 29.08.2019, 18.30 Uhr, im Sitzungssaal des Rathauses

Anwesende:

StP Glawe	StVin Bathke	StV Bauch	StV Darda	StVin Gierke	StV Gladrow
StVin Grünwald	StV Herzberg	StV Jahns	StV Jeske	StV Kurowski	StV Latendorf
StVin Manthey	StVin Mietzner	StV Pfister	StVin Schindler	StV Scholz	StV Simanowski
StV Wohlfahrt					

Stadtrat Wildgans   Stadträtin Hübner
VAe Ristau (Protokollführung)

1. Eröffnung der Sitzung

StP Glawe eröffnet die Sitzung und begrüßt alle Anwesenden.

2. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit

StP Glawe stellt die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit fest; es sind 19 von 21 Stadtvertreterinnen und Stadtvertretern anwesend.

StP Glawe weist darauf hin, dass zwei Anträge zum Thema

„Ärztmangel in Grimmen“
(Antrag der CDU-Stadtfraktion und Antrag der SPD-Stadtfraktion)

Vorliegen sowie ein weiterer Antrag der SPD-Stadtfraktion zum Thema

„Stolpersteine für die Opfer des Nationalsozialismus“.

Die Anträge der SPD-Stadtfraktion sind rechtzeitig eingegangen und daher auf die Tagesordnung zu setzen; hinsichtlich des (zum Thema weitergehenden weil präziseren Antrags der) CDU-Stadtfraktion wird einvernehmlich die Dringlichkeit anerkannt.

StP Glawe schlägt vor, das Thema „Ärztmangel in Grimmen“ als TOP 4 und den Antrag der SPD-Stadtfraktion zum Thema „Stolpersteine für die Opfer des Nationalsozialismus“ als TOP 12 einzuordnen. Alle weiteren TOP verschieben sich entsprechend. Auch dem wird einvernehmlich zugestimmt.

Sodann wird nach folgender Tagesordnung verfahren:

A) Öffentlicher Teil

<u>TOP-Nr.</u>	<u>Vorlagen-Nr.</u>	
3.		Bürgerfragestunde
4.		Ärztmangel in Grimmen
5.		Kenntnisnahme der Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung der Stadtvertretung (03/2019) vom 16.05.2019
6.		Genehmigung der Niederschrift über die konstituierende Sitzung der Stadtvertretung (04/2019) vom 21.06.2019
7.		Bekanntgabe der im nichtöffentlichen Teil der Sitzung der Stadtvertretung (03/2019) am 16.05.2019 gefassten Beschlüsse
8.	05/2019 -StV-	Neufassung der Hauptsatzung
9.	18/2019 -StV-	Verteilung der ehemaligen Bundesmittel des Betreuungsgeldes – 2019
10.	19/2019 -StV-	Bewilligung (weiterer) überplanmäßiger Mittel auf Produktsachkonto 114.04–5621000

- [Allgemeiner Service für die gesamte Verwaltung_Mieten/Pachten/Erbbauzinsen]
11. 12/2019 -HA- Unbefristete Niederschlagung von Forderungen
  12. Stolpersteine für die Opfer des Nationalsozialismus
  13. 01/2019 -HFA- Jahresabschluss 2018
  14. 02/2019 -HFA- Entlastung des Bürgermeisters 2018
  15. 03/2019 -HFA- Jahresabschluss Städtebauliches Sondervermögen [SSV] 2018
  16. 04/2019 -HFA- Entlastung des Bürgermeisters [SSV] 2018
  17. 11/2019 -SBA- Lärmaktionsplanung gemäß § 47 d des Bundes-Immissionsschutzgesetzes
– Berichterstattung –
  18. 12/2019 -SBA- Vergabe eines Straßennamens
  19. 13/2019 -SBA- Vergabe eines Straßennamens
  20. 14/2019 -SBA- 4. Änderung zum Bebauungsplan Nr. 2.1 Gewerbegebiet „Am Stadtwald“ der Stadt Grimmen
Aufstellungsbeschluss
  21. 15/2019 -SBA- 5. Änderung zum Bebauungsplan Nr. 2.2 Gewerbegebiet „Am Stadtwald“ der Stadt Grimmen
Aufstellungsbeschluss
  22. 18/2019 -SBA- 2. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 7.1 „SOS-Dorfgemeinschaft Hohenwieden“ der Stadt Grimmen
Abwägungsbeschluss
  23. 19/2019 -SBA- 2. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 7.1 „SOS-Dorfgemeinschaft Hohenwieden“ der Stadt Grimmen
Satzungsbeschluss
  24. Anfragen
  25. Beantwortung von Anfragen
  26. Mitteilungen der Verwaltung

3. Bürgerfragestunde

Herr Thurow möchte sich zum Thema Stolpersteine in Grimmen zu Wort melden. StP Glawe weist darauf hin, dass diese Anfrage in der heutigen Sitzung der Stadtvertretung unzulässig ist, da das Thema auf die Tagesordnung gesetzt ist.

4. Ärztemangel in Grimmen

StV Bauch verliest zunächst den Antrag der SPD-Stadtfraktion und berichtet von einer Veranstaltung zum Thema Ärztemangel. Problem sei grundsätzlich nicht die Bezahlung, sondern die Wahl des Wohnortes. Ärzte könnten selbstverständlich den Wohnort frei wählen, wobei Kulturangebote und Freizeitmöglichkeiten eine wichtige Rolle spielten; eine Studentin habe ihm berichtet, dass es für sie nicht interessant sei, in Grimmen zu wohnen. Nach seiner Überzeugung fehlt eine effektive Werbung für die Stadt Grimmen als Wohnort. Man müsse dringend schon frühzeitig den Weg an die Universitäten Greifswald und Rostock suchen, um für Grimmen zu werben und die Vorzüge des Wohnorts Grimmen einschließlich der Möglichkeiten sich niederzulassen herausstellen.

StV Herzberg begrüßt für die CDU-Stadtfraktion diesen Antrag, betont jedoch, dass eine Werbekampagne nicht ausreicht. Nach Auffassung der CDU Stadtfraktion seien vielmehr ganz konkrete Maßnahmen zu ergreifen, die im eingebrachten Antrag seiner Fraktion formuliert sind. Auch er verliest den Antrag.

StP Glawe weist darauf hin, dass im Rahmen des LEADER-Wettbewerbs 2019 unterversorgte Regionen wie Grimmen Mittel einwerben können. Sollten aber alle Bemühungen zur Behebung des Ärztemangels ohne Erfolg bleiben, bliebe dem Landesgesetzgeber schließlich die Möglichkeit die kassenärztliche Vereinigung Mecklenburg-Vorpommern (KVMV) per Gesetz zu verpflichten, in unterversorgten Regionen Arztpraxen einzurichten und zu betreiben. Er appelliert an die Fraktionen der Stadtvertretung, das Problem der ausreichenden ärztlichen Versorgung politisch sehr ernst zu nehmen und in den jeweiligen Ausschüssen weiter zu behandeln.

StV Latendorf merkt an, dass seit Jahren über die Situation in Grimmen diskutiert wird; Ziel sei bei allen Fraktionen die Sicherstellung der ärztlichen Versorgung der Bürgerinnen und Bürger. Er spricht sich dafür aus, den Antrag der CDU-Stadtfraktion zu beschließen und den Antrag der SPD-Stadtfraktion in den Fachausschüssen weiter zu behandeln.

Stadträtin Hübner stellt heraus, dass das LEADER Programm bekannt ist; auch mit der KVMV habe man sich bereits in Verbindung gesetzt. Erforderlich ist jedoch die Testierung, dass Grimmen ein unterversorgter Bereich ist, wovon bis vor kurzem so eindeutig nicht ausgegangen werden konnte. Daneben sei ein Termin mit der Geschäftsführung des DRK Krankenhauses vereinbart.

Stadträtin Hübner berichtet auch davon, dass sich ein Arzt im Jahr 2017 in Grimmen niederlassen wollte. Die bei der KVMV nachgefragte etwas höhere Förderung sei nicht bewilligt worden, woran dann letztlich auch die Niederlassung scheiterte. Zumindest zu diesem Zeitpunkt habe die KVMV die Brisanz der Situation wohl noch nicht erkannt.

Nach kurzer Aussprache, in deren Verlauf einvernehmlich die Verweisung des Antrags der SPD-Stadtfraktion zur Beratung in den Fachausschüssen erfolgt wird mit 19 Ja-Stimmen (einstimmig) folgender Beschluss gefasst:

- „1. Die Stadt Grimmen beteiligt sich am LEADER-Wettbewerb 2019 und reicht im Rahmen des Wettbewerbsaufrufs bis zum 15. November 2019 einen Teilnahmeantrag mit einem eigenen Vorhabenvorschlag ein. Hierzu erarbeitet die Stadtverwaltung ein Konzept für eine Projektidee. Gesucht werden Best-Practice-Beispiele zur Ergänzung und Sicherstellung der ambulanten haus- und kinderärztlichen Versorgung im ländlichen Raum.
2. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, zur Verbesserung der ambulanten medizinischen Versorgung gemeinsam mit dem DRK-Krankenhaus Grimmen einen Fahrplan zu erarbeiten, wie ein Medizinisches Versorgungszentrum (MVZ) oder aber eine Hausarzt-Praxis am Krankenhaus etabliert werden kann.
3. Sollte ein solches zusätzliches Angebot der ambulanten medizinischen Versorgung am DRK-Krankenhaus Grimmen jedoch in den nächsten Monaten nicht realisierbar sein, so wird die Stadtverwaltung aufgefordert, auf das Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Gesundheit Mecklenburg-Vorpommern mit dem Ziel zuzugehen, bei der Kassenärztlichen Vereinigung Mecklenburg-Vorpommern (KVMV) die Umsetzung ihres Sicherstellungsauftrags für die ambulante ärztliche Versorgung verbindlich einzufordern. Die KVMV wäre dann in der Pflicht, in eigener Regie eine Hausarzt-Praxis in Grimmen zu betreiben.
4. Bei allen Entscheidungen hat die Stadtverwaltung die Hausärzte in der Region einzubeziehen.
5. Die Stadtverwaltung wird ferner beauftragt zu prüfen, ob ggf. Grundstücke in der Stadt zur Unterstützung bereitgestellt werden können.“

5. Kenntnisnahme der Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung der Stadtvertretung (03/2019) vom 16.05.2019

Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung der Stadtvertretung (03/2019) vom 16.05.2019 wird zur Kenntnis genommen.

6. Genehmigung der Niederschrift über die konstituierende Sitzung der Stadtvertretung (04/2019) vom 21.06.2019

Die Niederschrift über die konstituierende Sitzung der Stadtvertretung (04/2019) vom 21.06.2019 wird mit 17 Ja-Stimmen und zwei Stimmenthaltungen genehmigt.

7. Bekanntgabe der im nichtöffentlichen Teil der Sitzung der Stadtvertretung (03/2019) am 16.05.2019 gefassten Beschlüsse

Stadtrat Wildgans gibt die im nichtöffentlichen Teil der Sitzung der Stadtvertretung (03/2019) am 16.05.2019 gefassten Beschlüsse bekannt.

8. 05/2019 -StV- Neufassung der Hauptsatzung

StV Herzberg teilt mit, dass innerhalb der Fraktionen über die Hauptsatzung nachberaten und in einer Abstimmungsrunde mit den Fraktionsvorsitzenden und der Verwaltung Fragen beantwortet und abgestimmt wurden. Der Aufgabenkreis des Ausschusses für Wirtschaft, Tourismus und Verkehr ist um den Themenbereich Internetauftritt erweitert worden.

Für die CDU-Stadtfraktion stellt er den Antrag, das Datum des In-Kraft-Tretens der neu gefassten Hauptsatzung auf den 27. Juni 2019 zu ändern, da an diesem Tag auch die neue Entschädigungsverordnung (EntschVO-MV) in Kraft getreten ist.

Dem Änderungsantrag wird mit 16 Ja-Stimmen und drei Stimmenthaltungen zugestimmt.

StV Bauch äußert Bedenken im Hinblick auf die erforderliche rechtsaufsichtliche Genehmigung, weil im Rahmen der Befugnisse des Hauptausschusses keine Wertgrenzen nach oben vorgesehen sind.

Stadtrat Wildgans verweist darauf, dass diese Bestimmungen im Vergleich zur bestehenden Hauptsatzung in der Substanz unverändert bleiben und von der Kommunalaufsicht in der Vergangenheit nicht beanstandet worden sind.

Stadträtin Hübner betont, dass die vorgesehenen Regelungen zur Erteilung des gemeindlichen Einvernehmens schnelle Handlungsfähigkeit ermöglichen. StP Glawe unterstützt dies und verweist dabei auf die damit verbundene Entbürokratisierung und die Vereinfachung der Beschlusswege.

StV Latendorf sieht die Regelungen der Befugnisse des Hauptausschusses rechtlich unproblematisch, hält allerdings das Inkrafttreten der Hauptsatzung zum 29. Juni 2019 nicht für notwendig.

Nach kurzer weiterer Aussprache wird mit 19 Ja-Stimmen (einstimmig) folgender Beschluss gefasst:

„Die Neufassung der Hauptsatzung der Stadt Grimmen wird in der Fassung vom 29.08.2019 angenommen.“

9. 18/2019 -StV- Verteilung der ehemaligen Bundesmittel des Betreuungsgeldes – 2019

Nach kurzer Aussprache wird mit 19 Ja-Stimmen (einstimmig) folgender Beschluss gefasst:

„1. Die mit Schreiben vom 01.04.2019, bei der Stadt Grimmen eingegangen am 03.04.2019, weitergeleiteten zusätzlichen Landeszuweisungen für die Verbesserung der Kindertagesbetreuung in Höhe von

15.433,58 €

werden auf die im Stadtgebiet tätigen Tagespflegepersonen und Kindertagesstätten verteilt.

2. Jede der 9 Tagespflegepersonen erhält einen einmaligen Zuschuss in Höhe von 500,00 €.

3. Die Verteilung an die Kindertagesstätten erfolgt auf der Grundlage der jeweils gültigen Kapazität der Einrichtung:

Kindertagesstätte „Findikus“	3.346,68 €
Kindertagesstätte „Villa Kunterbunt“	2.615,62 €
Kindertagesstätte „Stoltenhagen“	584,86 €
Kindertagesstätte „Spatzennest“	1.413,40 €
Kindertagesstätte „Hermann Gmeiner“	2.047,00 €
Kindertagesstätte „Kinderkahn“	926,02 €.

10. 19/2019 -StV- Bewilligung (weiterer) überplanmäßiger Mittel auf Produktsachkonto 114.04–5621000 [Allgemeiner Service für die gesamte Verwaltung_Mieten/Pachten/Erbbauzinsen]

Ohne weitere Aussprache wird mit 19 Ja-Stimmen (einstimmig) folgender Beschluss gefasst:

„Auf dem Produktsachkonto 114.04–5621000 [Allgemeiner Service für die gesamte Verwaltung_Mieten/Pachten/Erbbauzinsen] werden weitere überplanmäßige Mittel in Höhe von 11.230,00 € bereitgestellt. Die Deckung erfolgt durch Sperrung auf den Produktsachkonten 114.01–5022000 [Zentrales Grundstücks- und Gebäudemanagement (ZGGM)_Dienstbezüge Arbeitnehmer] mit 5.230,00 € und 114.04–5022000 [Allgemeiner Service für die gesamte Verwaltung_Dienstbezüge Arbeitnehmer] mit 6.000,00 €“

11. 12/2019 -HA- Unbefristete Niederschlagung von Forderungen

Nach kurzer Aussprache wird mit 19 Ja-Stimmen (einstimmig) folgender Beschluss gefasst:

„Die bestandskräftigen Forderungen der Stadt Grimmen gegen die Hanse-Saaten Rostock GmbH aus der Veranlagung zur Grundsteuer in Höhe von 4.430,50 Euro werden unbefristet niedergeschlagen.“

12. Stolpersteine für die Opfer des Nationalsozialismus

StV Bauch verliert den Antrag der SPD Fraktion. Er betont, dass er vor seiner Wahl zum Stadtvertreter ständig mit diesem Thema konfrontiert wurde. Nach seiner Kenntnis gäbe es diese Diskussion seit einem Beschluss der Stadtvertretung im Jahre 2017 und es sei nach so langer Zeit wirklich dringend, diesen Beschluss umzusetzen.

Innerhalb seiner Fraktion habe man sich für die Verlegung der Stolpersteine entschieden, da der Stadt mit dieser Maßnahme keine Kosten entstünden und der jüdischen Opfer des Nationalsozialismus in angemessener Weise gedacht würde.

Stadtrat Wildgans stellt entschieden klar, dass es keinen derartigen Beschluss gab. Sachlich richtig ist, dass es im Jahr 2017 einen Antrag der Stadtfraktion DIE LINKE zu diesem Thema gab. Dieser Antrag wurde in den Fachausschuss verwiesen, der einen Vorschlag zu Art und Weise sowie Umfang angemessenen Gedenkens an die jüdischen Opfer des Nationalsozialismus erarbeiten sollte. Im Ergebnis war FBL Niedermeyer beauftragt, sich im Einvernehmen mit den Helios Kliniken um die Errichtung eines Gedenksteins auf dem ehemaligen jüdischen Friedhof in der Karlstraße und darum zu kümmern, dass dieser Gedenkstein allgemein, d.h. öffentlich zugänglich ist. Darüber ist in der Stadtvertretung dann informiert worden; die Stadtvertretung hat dieses Vorgehen bestätigt.

StP Glawe beendet diese Diskussion: es solle heute keine Debatte zu diesem Thema geführt werden. Stattdessen schlägt er vor, den Antrag in den Hauptausschuss verweisen, der in der nächsten Sitzung einen dieses Thema behandeln und einen Beschlussvorschlag erarbeiten soll, der dann der Stadtvertretung vorgelegt werden solle. In dieser Sitzung sollten alle Beteiligten gehört werden, gerade auch die Vertreter der Initiative ISAIG. Nach seiner Auffassung sollte auch der Landesrabbiner Yuriy Kadnykov eingeladen werden, um seine Sicht der Dinge einzubringen.

StV Herzberg zeigt sich über den Antrag der SPD-Stadtfraktion verwundert und sogar verärgert hat: StVin Bathke habe in der letzten Sitzung der Stadtvertretung abschließende Worte gewählt, und die Stadtvertretung habe sich festgelegt, dass es keine weitere Gedenkstätte in Grimmen geben soll. StV Herzberg verweist, auf das Denkmal für alle Opfer des Nationalsozialismus. Nunmehr, in der neuen Wahlperiode, sollte jedoch dem Vorschlag des Stadtpräsidenten gefolgt werden und eine für alle Seiten akzeptable Lösung zu finden.

StV Bauch hält an seinem Antrag fest: es seien kleine Steine des Gedenkens, mit einer Ablehnung erweise man der Stadt Grimmen keinen Gefallen getan wird.

StV Jahns spricht sich dagegen aus: die Verlegung von Steinen sei nicht die richtige Würdigung. Dieser Meinung seien auch viele Bürger und selbst jüdische Vereinigungen sprechen sich gegen diese Form des Gedenkens aus. Möglicherweise sollte nach einer anderen Lösung gesucht werden. StV Scholz pflichtet dem bei: es gebe viele Opfer, nicht nur Juden, und genau für diese sei das Denkmal am alten Friedhof errichtet.

StV Latendorf unterbreitet einen vermittelnden Vorschlag zur Erweiterung des bestehenden Denkmals, der von allen Stadtfractionen positiv bewertet wird.

Mit der Maßgabe auf dieser Grundlage einen interfraktionell abgestimmten Beschluss zu erarbeiten wird der Antrag der SPD-Stadtfraktion einvernehmlich mit 19 Ja-Stimmen in den Hauptausschuss verwiesen. rag mit 19 Ja-Stimmen in den Hauptausschuss verwiesen.

13. 01/2019 -HFA- Jahresabschluss 2018

Ohne weitere Aussprache wird mit 19 Ja-Stimmen (einstimmig) folgender Beschluss gefasst:

„Als Ergebnis der Jahresrechnung 2018 wird gemäß § 60 KV M-V und §§ 42 ff. GemHVO-Doppik festgestellt:

1. im Ergebnishaushalt	
die Summe der ordentlichen Erträge	15.162.096,70 €
die Summe der ordentlichen Aufwendungen	16.652.719,71 €
das ordentliche Ergebnis	– 1.490.623,01 €
das Jahresergebnis vor Veränderung der Rücklagen	– 1.490.623,01 €
die Einstellung in die Kapitalrücklage	0 €
die Entnahme aus der Kapitalrücklage/Finanzausgleichsrücklage	1.490.623,01 €
das Jahresergebnis	0,00 €
2. im Finanzhaushalt	
die Summe der ordentlichen Einzahlungen	12.803.892,53 €
die Summe der ordentlichen Auszahlungen	13.028.938,39 €
der Saldo der ordentlichen Ein- und Auszahlungen	– 225.045,86 €

die außerordentlichen Einzahlungen	0 €
die außerordentlichen Auszahlungen	0 €
der Saldo der außerordentlichen Ein- und Auszahlungen	0 €
die Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	2.611.671,08 €
die Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	2.427.711,34 €
der Saldo der Ein- und Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	183.959,74 €
die Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit	0 €
die Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit	519.493,92 €
der Saldo der Ein- und Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit	- 519.493,92 €

Die Schlussbilanz auf den 31.12.2018 in der Fassung vom 16.04.2019 wird bestätigt. Der vorstehende Beschluss ist öffentlich bekannt zu machen.“

14. 02/2019 -HFA- Entlastung des Bürgermeisters 2018

Ohne weitere Aussprache wird mit 19 Ja Stimmen (einstimmig) folgender Beschluss gefasst:

„Aufgrund der geprüften und festgestellten Jahresrechnung 2018 wird die Entlastung des Bürgermeisters gemäß § 60 Absatz 5 KV M-V erteilt. Der vorstehende Beschluss ist öffentlich bekannt zu machen.“

15. 03/2019 -HFA- Jahresabschluss Städtebauliches Sondervermögen [SSV] 2018

Ohne weitere Aussprache wird mit 19 Ja-Stimmen (einstimmig) folgender Beschluss gefasst:

„Als Ergebnis der Jahresrechnung 2018 für das Städtebauliche Sondervermögen der Stadt Grimmen wird gemäß § 60 KV M-V und §§ 42 ff. GemHVO-Doppik festgestellt:

1. im Ergebnishaushalt	
die Summe der ordentlichen Erträge	272.411,16 €
die Summe der ordentlichen Aufwendungen	272.411,16 €
das ordentliche Ergebnis	0 €
die Einstellung in Rücklagen	0 €
die Entnahme aus Rücklagen	0 €
das Jahresergebnis	0 €
2. im Finanzhaushalt	
die ordentlichen Einzahlungen	54.418,83 €
die ordentlichen Auszahlungen	169.098,24 €
der Saldo der ordentlichen Ein- und Auszahlungen	- 114.679,41 €
die Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	1.948.889,66 €
die Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	1.091.277,18 €
der Saldo der Ein- und Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	857.612,48 €
die Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit	0 €
die Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit	0 €
der Saldo der Ein- und Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit	0 €

Die Schlussbilanz für das Städtebauliche Sondervermögen auf den 31.12.2018 in der Fassung vom 17.04.2019 wird bestätigt. Der vorstehende Beschluss ist öffentlich bekannt zu machen.“

16. 04/2019 -HFA- Entlastung des Bürgermeisters [SSV] 2018

Ohne weitere Aussprache wird mit 19 Ja Stimmen (einstimmig) folgender Beschluss gefasst:

„Aufgrund der geprüften und festgestellten Jahresrechnung 2018 für das Städtebauliche Sondervermögen der Stadt Grimmen wird die Entlastung des Bürgermeisters gemäß § 60 Absatz 5 KV M-V erteilt. Der vorstehende Beschluss ist öffentlich bekannt zu machen.“

17. 11/2019 -SBA- Lärmaktionsplanung gem. § 47 d des Bundes-Immissionsschutzgesetz
– Berichterstattung –

Ohne weitere Aussprache wird mit 19 Ja-Stimmen (einstimmig) folgender Beschluss gefasst:

„Die Stadtvertretung der Stadt Grimmen verzichtet auf die Erstellung eines Lärmaktionsplanes im Rahmen der Umsetzung der EG-Umgebungsflächenrichtlinie, da für die Stadt Grimmen in Auswertung der strategischen Lärmkarten aufgrund der Geringfügigkeit keine Lärmbetroffenheit besteht.“

18. 12/2019 -SBA- Vergabe eines Straßennamens

Ohne weitere Aussprache wird mit 19 Ja Stimmen (einstimmig) folgender Beschluss gefasst:

„Auf der Grundlage des § 51 Absatz 1 des Straßen- und Wegegesetzes Mecklenburg-Vorpommern vom 13.01.1993, zuletzt geändert durch Artikel 6 des Gesetzes vom 05.07.2018, wird die Straße im Wohngebiet ‚Grellenberger Straße 13 – 17a‘ (Geltungsbereich des B-Planes Nr. 24 Wohnbebauung ‚Grellenberger Straße 13 – 17a‘ der Stadt Grimmen), Flur 2 der Gemarkung Grimmen, gelegen südlich der Grellenberger Straße und östlich der Werner-Seelenbinder-Straße, im südlichen Teil der Grundstücke ‚Grellenberger Straße 13 – 17a‘

‚Hummelweg‘

benannt.“

19. 13/2019 -SBA- Vergabe eines Straßennamens

Ohne weitere Aussprache wird mit 19 Ja-Stimmen (einstimmig) folgender Beschluss gefasst:

„Auf der Grundlage des § 51 Absatz 1 des Straßen- und Wegegesetzes Mecklenburg-Vorpommern vom 13.01.1993, zuletzt geändert durch Artikel 6 des Gesetzes vom 05.07.2018 wird die südliche Umgehungsstraße der Stadt Grimmen, gelegen auf den Flurstücken 10/1, 12/1, 66/1, 68/1, 65/2, 72/1, 67/1, 70/1, 71/1 der Flur 7, 437/3, 440/1, 442/1 der Flur 8, 144/1, 143/4 der Flur 9 Gemarkung Grimmen, verbindend den Vietlipper Damm mit der östlich gelegenen Bundesstraße B 194,

‚Südliche Randstraße‘

benannt.“

20. 14/2019 -SBA- 4. Änderung zum Bebauungsplan 2.1 Gewerbegebiet „Am Stadtwald“ der
Stadt Grimmen
Aufstellungsbeschluss

Ohne weitere Aussprache wird mit 19 Ja-Stimmen (einstimmig) folgender Beschluss gefasst:

„1. Im Geltungsbereich des rechtskräftigen Bebauungsplanes Nr.2.1 Gewerbegebiet ‚Am Stadtwald‘ der Stadt Grimmen soll für einen Teilbereich (Flurstücke 21/9, 21/21, 21/26, 21/6, 21/11, 20/4, 19/4, 15/5, 14/8, 15/4, 21/12, 21/7, 22/4, 31/4, 32/14, 31/15, 32/17 und 21/19 teilweise der Flur 5 der Gemarkung Grimmen) die Satzung zur 4. Änderung des Bebauungsplanes Nr.2.1 Gewerbegebiet ‚Am Stadtwald‘ der Stadt Grimmen nach § 2 Absatz1 BauGB in der Fassung der Bekanntmachung vom 03.11.2017 aufgestellt werden.

2. Der Bebauungsplan wird im beschleunigten Verfahren nach § 13 a BauGB (Bebauungsplan der Innenentwicklung) durchgeführt. Von der Umweltprüfung nach § 2 Absatz 4 BauGB, von dem Umweltbericht nach § 2 a BauGB, von der Angabe nach § 3 Absatz 2 Satz 2 BauGB, welche Arten umweltbezogener Informationen verfügbar sind sowie von der zusammenfassenden Erklärung nach § 6a Absatz 1 BauGB und § 10 a Absatz 1 BauGB wird abgesehen.

3. Die frühzeitige Bürgerbeteiligung nach § 13 a Absatz 3 Satz 1 Nr. 2 BauGB in Verbindung mit § 3 Absatz 1 BauGB wird in Form einer Informationsveranstaltung durchgeführt.

4. Der Beschluss ist ortsüblich bekannt zu machen.“

21. 15/2019 -SBA- 5. Änderung zum Bebauungsplan 2.2 Gewerbegebiet „Am Stadtwald“ der
Stadt Grimmen
Aufstellungsbeschluss

Ohne weitere Aussprache wird mit 19 Ja Stimmen (einstimmig) folgender Beschluss gefasst:

- „1. Im Geltungsbereich des rechtskräftigen Bebauungsplanes Nr. 2.2 Gewerbegebiet ‚Am Stadtwald‘ der Stadt Grimmen soll für einen Teilbereich (Flurstücke 32/19, 33/13, 34/14, 34/15, 37/8, 38/24, 37/12, 38/20, 34/8, 33/10, 33/11, 102 und 103/1 der Flur 5 der Gemarkung Grimmen) die Satzung zur 5. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 2.2 Gewerbegebiet ‚Am Stadtwald‘ der Stadt Grimmen nach § 2 Absatz 1 BauGB in der Fassung der Bekanntmachung vom 03.11.2017 aufgestellt werden.
2. Der Bebauungsplan wird im beschleunigten Verfahren nach § 13 a BauGB (Bebauungsplan der Innenentwicklung) durchgeführt. Von der Umweltprüfung nach § 2 Absatz 4 BauGB, von dem Umweltbericht nach § 2 a BauGB, von der Angabe nach § 3 Absatz 2 Satz 2 BauGB, welche Arten umweltbezogener Informationen verfügbar sind sowie von der zusammenfassenden Erklärung nach § 6 a Absatz 1 BauGB und § 10a Absatz 1 BauGB wird abgesehen.
3. Die frühzeitige Bürgerbeteiligung nach § 13 a Absatz 3 Satz 1 Nr. 2 BauGB in Verbindung mit § 3 Absatz 1 BauGB wird in Form einer Informationsveranstaltung durchgeführt.
4. Der Beschluss ist ortsüblich bekannt zu machen.“

22. 18/2019 -SBA- 2. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 7.1 „SOS-Dorfgemeinschaft Hohenwieden“ der Stadt Grimmen
Abwägungsbeschluss

Ohne weitere Aussprache wird mit 19 Ja-Stimmen (einstimmig) folgender Beschluss gefasst:

- „1. Nach Abwägung der öffentlichen und privaten Belange untereinander und gegeneinander werden die im Rahmen der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange nach § 13 Absatz 2 Satz 1 Nr. 3 BauGB in Verbindung mit § 4 Absatz 2 BauGB eingegangenen Stellungnahmen entsprechend der beiliegenden Anlage behandelt und der Abwägungsvorschlag gebilligt. Während der öffentlichen Auslegung zum Entwurf der 2. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 7.1 ‚SOS-Dorfgemeinschaft Hohenwieden‘ der Stadt Grimmen nach § 13 Absatz 2 Satz 1 Nr. 2 BauGB in Verbindung mit § 3 Absatz 2 BauGB sind keine Stellungnahmen abgegeben worden.
2. Das Ergebnis der Abwägung ist den Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange mitzuteilen.“

23. 19/2019 -SBA- 2. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 7.1 „SOS-Dorfgemeinschaft Hohenwieden“ der Stadt Grimmen
Satzungsbeschluss

Ohne weitere Aussprache wird mit 19 Ja-Stimmen (einstimmig) folgender Beschluss gefasst:

- „1. Die 2. Änderung zum Bebauungsplan Nr. 7.1 ‚SOS-Dorfgemeinschaft Hohenwieden‘ der Stadt Grimmen im Verfahren nach § 13 BauGB wird gemäß § 10 BauGB als Satzung beschlossen.
2. Die Begründung zur 2. Änderung zum Bebauungsplan Nr. 7.1 ‚SOS-Dorfgemeinschaft Hohenwieden‘ der Stadt Grimmen wird gebilligt.“

24. Anfragen

keine

25. Beantwortung von Anfragen

keine

26. Mitteilungen der Verwaltung

Stadtrat Wildgans nimmt Bezug auf einen Beschluss in der Sitzung der Stadtvertretung am 26. Mai 2019 zur Verbesserung der Versorgung, vor allem mit Lebensmitteln, im Stadtteil Südwest. Die Verwaltung hat versucht diesen umzusetzen, ohne dass eine nachhaltige Lösung sich ergeben hätte. Jetzt hat sich aber ein mobiler Lebensmittelhändler aus Teetzleben gemeldet, der den Raum Loitz beliefert und Interesse signalisiert hat, die Route nach Grimmen zu erweitern. Ein erster Gesprächstermin musste jedoch aus persönlichen Gründen verschoben werden und soll demnächst stattfinden. Positive Nachrichten gibt es von ALDI zum Ersatzneubau: voraussichtlich Anfang Dezember soll eröffnet werden.

Stadträtin Hübner hebt hervor, dass sich die Versorgungslage nachhaltig verbessern wird, weil auch beim geplanten CAP Markt inzwischen die Finanzierung steht und die Umbauarbeiten im September beginnen sollen. Als Eröffnungstermin wird der 6. Dezember angestrebt.

Stadträtin Hübner berichtet weiter von einem Klageverfahren vor dem Verwaltungsgericht Greifswald mit der unteren Naturschutzbehörde des Landkreises Vorpommern-Rügen. Ziel der Stadt war, die zeitliche Befristung einer Grunddienstbarkeit zur Sicherung einer Ausgleichsmaßnahme zu erreichen. Mit dem Landkreis konnte auf Anregung des Gerichts ein Vergleich des Inhalts geschlossen werden, dass die einzutragende Dienstbarkeit auf 30 Jahren zu befristen ist.

Stadträtin Hübner informiert weiter zum Stand des Verfahrens zum Abbruch der „Alten Ziegelei“. Einer Vergabebeschwerde hat der Landkreis trotz abweichender Rechtsauffassung der Stadt stattgegeben. Daneben will die untere Naturschutzbehörde im Gebäude Spuren von Mopsfledermäusen festgestellt haben, die besonders schützenswert sind. Ein Gutachten der Stadt, dass dem nicht so sei, erkennt der Landkreis nicht an. Im Interesse der Umsetzung der Abbruchmaßnahme hat man sich aber geeinigt, die Fledermäuse vor Beginn der Abbrucharbeiten umzusiedeln; die Ausschreibungen zum Abbruch laufen.

StP Glawe appelliert in diesem Zusammenhang an die anwesenden Kreistagsmitglieder sich mit diesem Anliegen an den Landrat zu wenden. Die Mittel für den Abbruch stehen seit Jahren bereit und das Stadtbild (Ortseingang aus Richtung Stralsund) würde sich endlich positiv verändern.

STP Glawe schließt den öffentlichen Teil.